

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nach 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle oder den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. Alle Bestellungen sind zu begleichen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Der Verlag ist in Wilsdruff, Markt 1. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 1. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 1.



Wilsdruff-Dresden, Volldruck: Dresden 2640  
Mittwoch den 18. März 1925  
Nr. 65. — 84. Jahrgang. —

## Die Antwort an Deutschland.

Es hat gerade vier Monate gedauert, ehe nun der Völkerbundrat selbst auf die deutsche Note vom 12. Dezember vergangenen Jahres geantwortet hat, in der die Frage eines deutschen Eintrittsgesuches in den Völkerbund behandelt und gewisse Bedenken geltend gemacht worden waren. Diese Bedenken bezogen sich vor allem auf die Folgen, die man in Deutschland aus unserer militärischen Lage im Falle einer militärischen Exekution des Völkerbundes ziehen mußte. Dabei soll aber von vornherein festgestellt werden, daß diese deutschen Bedenken keineswegs veranlaßt worden sind etwa durch irgendwelche vertraglichen Verbindungen mit Russland anlässlich des Rapallovertrages, wie jetzt von französischer Seite behauptet wird. Bloß liegt angesichts der allgemeinen politischen Lage gerade die Exemplifizierung auf Russland außerordentlich nahe. Der Völkerbundrat hat genau wie die Mächte, die in ihm vertreten sind, jede Rücksichtnahme auf die besondere militärische Stellung Deutschlands glatt abgelehnt. Denn es kommt uns überhaupt nicht so sehr darauf an, daß wir im Falle einer Völkerbunds-Exekution selbstverständlich nur dem Stande unserer militärischen Rüstung entsprechend herangezogen werden dürfen — das trifft gar nicht den Kern der Dinge. Sondern das Wesentliche dabei ist, daß wir im Falle einer derartigen Exekution auf den guten Willen der Hauptmilitärmächte angewiesen sind, uns selbst nicht schützen zu lassen; und zwar nicht schützen dürfen gegenüber dem Angriff auch der kleinsten europäischen Macht.

Also auf die deutschen Bedenken geht man nicht ein, lehnt außerdem ausdrücklich den deutschen Standpunkt ab, im Falle einer Militärexekution des Völkerbundes angesichts unserer Lage neutral bleiben zu wollen. Und damit können wir uns wirklich nicht trösten, daß bei den entsprechenden Entscheidungen über die Anwendung der Grundzüge jenes Paktes ein deutscher Vertreter teilnehmen würde; denn die Beschlüsse des Völkerbundrates werden ja nicht einstimmig, sondern mit einfacher Mehrheit gefaßt. Der Einwand des Völkerbundrates, auch andere Länder, die den gleichen militärischen Beschränkungen unterworfen seien wie Deutschland, hätten sich dem Völkerbund angeschlossen, ist in keiner Weise stichhaltig, weil nämlich der Eintritt Österreichs, Ungarns und Bulgariens erfolgt ist, längst, ehe in Genf jener Sicherungspakt geschaffen wurde.

Das andere deutsche Bedenken war eine Forderung gewesen, nämlich die der Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerbundrat. Die Antwortnoten der Mächte hatten sich, abgesehen von Frankreich, dahin ausgesprochen, daß Deutschland sich und Stimme im Völkerbundrat erhalten sollte. Das war aber damit gar nicht gemeint, sondern es war hier eine grundsätzliche Forderung aufgestellt worden. Auch die Note des Völkerbundrates tut jetzt so, als wenn es sich für Deutschland um die Erringung dieses Siches handelte, und schließt sich in ihrer Zusage den Zusage der zehn Mächte an und fügt sogar hinzu, daß diese Gleichberechtigung sowohl gleiche Pflichten wie auch gleiche Rechte für alle bedinge; denn das sei eines der wesentlichsten Elemente des Völkerbundes.

Man spricht so und schreibt so, aber die Tatsachen sind andere. Die ganze Frage des Sicherungspaktes ist überhaupt völlig in der Schwebe, übrigens gleich von dem Tage seiner Verabredung an. Denn England erklärte damals sofort, daß es gar nicht daran denke, etwa seine Flotte im Falle einer Exekution den militärischen Weisungen des Völkerbundrates zu unterstellen. Damals hat aber auch keine einzige Macht des Völkerbundrates gegen dieses Ausnahmerecht protestiert, das sich England forderte. Deutschland gegenüber tut man es, wenn wir aus unserer militärischen Lage die entsprechenden Folgerungen ziehen wollen. Und wie der so hochgepriesene Grundpfeiler der Gleichberechtigung vom Völkerbund in der Praxis durchgeführt wird, das beweist ja allein schon der Entwurf über die Militärkontrollen bei den ehemaligen Mittelmächten; die Worte, die in Genf auf der letzten Völkerbundtagung der Vertreter Ungarns, der alte Graf Apponyi, darüber gesprochen hat, sind für uns praktisch genommen viel wichtiger als alle sogenannten Zusagen des Völkerbundes.

Im übrigen dürfte die ganze Frage unseres Eintritts in den Völkerbund für den Augenblick an Wichtigkeit verlieren, weil Frankreich der kommenden Entwicklung durch seine Bündnispolitik mit aller Energie vorzugreifen entschlossen ist. Sein jetzt immer deutlicher erkennbares Ziel ist es, erst eine Reihe von Bündnissen zu schaffen, die sozusagen den Unterraum dessen abgeben soll, was man mit dem Friedenssicherungsabkommen in Genf bezweckt. Es kann doch wirklich niemand daran zweifeln, daß diese Bündnisse militärisch und politisch von weit größerer Bedeutung sind als jener Völkerbundspakt, über dessen Wirksamkeit man angesichts der Ereignisse der letzten Jahre doch wohl kaum im Zweifel sein kann. Herriot hat am Montag hintereinander nicht weniger als vier Außenminister von Entente-Ländern empfangen, nämlich den englischen, den tschechoslowakischen, den polnischen und den belgischen. Und der Völkerbund selbst macht dieses Spiel mit, weil man nicht, wie ursprünglich in Genf zugesagt wurde, die Frage des Eintritts Deutschlands in einer besonderen Sitzung schon im Januar behandelt hat, sondern die Besprechung

## Keine Klärung der Lage trotz der Pariser Unterredung

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 16. März. Die Unterredung zwischen Herriot und Chamberlain dauerte von 3 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Bei Schluß der Unterredung war Dr. Benesch noch nicht erschienen. 5,30 Uhr fand in der britischen Botschaft ein Empfang der britischen Pressvertreter statt. 7 Uhr wurden die französischen Journalisten von Herriot am Quai d'Orsay empfangen. In der Unterredung zwischen Herriot und Chamberlain wurden die Fragen der militärischen Sonderabmachungen, die Verträge Deutschlands mit Polen, der Militärkontrollen und der Räumung Kölns behandelt. Die Besprechungen zwischen Herriot und Dr. Benesch bezogen sich ausschließlich auf den deutschen Sicherheitsvorschlag. Die Besprechungen Herriots mit Strezowski sind erst am Mittwoch stattfinden. Die Presse ist der Auffassung, daß mit greifbaren Ergebnissen der Besprechungen noch nicht gerechnet werden kann. Chamberlain und Strezowski suchen von den gegenseitigen Standpunkten aus auf Herriot einzudringen. Dr. Benesch spielt dabei die übliche Vermittlerrolle. Die Liberté spricht offen aus, daß die Befestigung des Danziger Korridors und eine Verdrängung der oberösterreichischen Grenze nach Auffassung Chamberlains die notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung des Völkerbundes bilden und beargwöhnt in diesem Zusammenhang die Ueberredungsversuche Dr. Beneschs. Der Antragsteller bringt unkontrollierbare Gerüchte, nach denen die Unterzeichnung eines englisch-französisch-belgisch-italienisch-deutsch-polnisch-tschechischen Abkommens für die Dauer von 20 Jahren bereits formell in Aussicht genommen sei. Die Unterzeichnung solle in Berlin vorgenommen werden. Im ganzen ist die Lage noch recht unklar. Es ist kaum wahrscheinlich, daß Chamberlain bereits heute in der Lage sein wird, bindende Abmachungen einzugehen, umsoweniger, da die Besprechungen mit Dr. Benesch und Strezowski nach seiner Abreise noch andauern werden. Durch die von Amerika geplante Abrüstungskonferenz wird die Lage noch verwickelter. Politische Kreise sind der Ansicht, daß Frankreich dem amerikanischen Abrüstungsvorschlag nicht Folge leisten wird, besonders, da Coolidge das Scheitern des Genfer Protokolls als Voraussetzung für die Abrüstungskonferenz hinstellt und man in Frankreich, wie die gestrige Rede Herriots in Castrès zeigt, diese Voraussetzung nicht anerkennen will.

### Herriot befriedigt.

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 17. März. Nach seiner Unterredung mit Chamberlain empfing Herriot die französischen Pressvertreter und drückte ihnen seine Genugtuung über die Unterredung mit Chamberlain aus. Er fügte hinzu, daß ein grundsätzliches Einverständnis in wesentlichen Fragen zustande gekommen wäre. Dr. Benesch hatte eine einundneinhalbstündige Unterredung mit Herriot.

der ganzen Angelegenheit zunächst auf den Sommer verschob. Daher ist auch für uns dieser Eintritt kein isoliertes Problem, sondern muß im Kreis der gesamten Sicherungsfrage behandelt werden, wobei nicht zuletzt die von französischer Seite angeforderte Neutralisierung des Rheinlandes eine wichtige Rolle zu spielen hat.  
In der Erledigung des Sicherungsproblems außerhalb des Völkerbundes begegnen wir uns mit französischen, übrigens auch mit englischen Absichten. England hat aber für den europäischen Kontinent die Hände jetzt freier wie je, will aber auch die Militärkontrollen in Deutschland in diesem Kreise weiter behandelt und erledigt wissen, so daß unsere Regierung das allerdringendste Interesse hat, bei den Verhandlungen der Gegenwart sich nicht ausschalten zu lassen.

### Deutschfeindliche Kundgebungen in Polen

Schmährufe gegen Deutschland und England.  
Der deutsche Vorschlag zu einem Sicherheitspakt, der für Deutschland das ihm durch den Versailler Vertrag zugebilligte Recht in Anspruch nimmt, auf friedlichem Wege eine Revision der Obergrenzen anzustreben, hat in Polen große Erregung hervorgerufen. Um dieser Erregung mehr Nachdruck zu verleihen, haben Regierung und Presse am Sonntag große Demonstrationen veranstaltet, die sich gegen eine Nachprüfung der jetzt bestehenden Verhältnisse wenden sollten. Diesem Rufe ist auch die Bevölkerung nachgekommen.  
In Warschau überreichte der Demonstrationszug nach einer Versammlung im Rathaus eine Resolution, daß die Regierung auf die Unterstützung des ganzen Volkes bei der Abwehr deutscher Versuche, die polnische Grenze zu revidieren, rechnen könne. Bemerkenswert war, daß die Demonstranten feindliche Rufe nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen England ausließen. In der Nähe der englischen Gesandtschaft mußte die Polizei energisch antienglische Demonstrationsversuche verhindern.  
Die Zugangsstraßen zur englischen und zur deutschen Gesandtschaft waren durch hartes Polizeiaufgebot gesperrt.

## Der belgische Botschafter in Rom über Deutschlands Beitritt zum Völkerbund.

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Rom, 17. März. Der neue belgische Botschafter Graf Dela Failles hat sich dem Vertreter der Epoka gegenüber eingehend über den Völkerbundsbeitrag Deutschlands geäußert. Er glaube nicht, daß der Völkerbund sich zu dem unanschaulichen Völkerkriegsgeräusch ausbilden könne, schon weil ihm die Ausführungsmechanismen fehlen. Er könne aber vermittelnden Einfluß ausüben. Der Sicherheitsvertrag Belgien, Frankreich, England sei ein Vorschlag und werde es immer bleiben. Die Möglichkeit des europäischen Friedens liege ausschließlich im Beitritt Deutschlands. So lange Deutschland von der Mitarbeit von den Siegerstaaten abgehalten werde, bestehe die Gefahr für neue Bündnisse und Gegenbündnisse und daher auch für neue Konflikte. Der Botschafter sagte, er sei entschieden durchaus für den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund.

## Der unbequeme Houghton.

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 17. März. Die Aeusserungen des amerikanischen Botschafters in Berlin Houghton über die Abrüstung Deutschlands haben in Paris einen sehr unangünstigen Eindruck gemacht. Ein Teil der Blätter behauptet, daß der amerikanische Abrüstungsvorschlag sich ausschließlich gegen Frankreich richtet.

## Bevorstehende Einladung zur Abrüstungskonferenz.

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Berlin, 17. März. Die Morgenblätter melden aus Washington: Amtlich wird bekannt gegeben, daß sich Präsident Coolidge nunmehr entschlossen hat, die Abrüstungskonferenz einzuberufen. Eine diesbezügliche Note soll bereits in den nächsten Tagen den Regierungen in Berlin, Paris, London, Rom und Tokio überreicht werden.

## Neue Niederlage Coolidges im Senat.

Eigener Fernsprechtsdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Newport, 17. März. Der Senat hat die Ernennung Warrens zum Generalstaatsanwalt mit 46 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Auch in Polnisch-Oberschlesien, so in Kattowitz, Rybnitz und Larnowitz, fanden große deutschfeindliche Kundgebungen statt. Die Eisenbahndirektion hatte Extrazüge eingelegt. Es wurden aufreizende Reden gehalten, in denen verlangt wurde, die Deutschen wenn nötig mit Gewalt aus Polen zu entfernen.

In einem Demonstrationszug wurde ein Wagen mitgeführt, an dem eine lebensgroße Puppe in deutscher Uniform ausgeknüpft war. Nach Schluß der Reden ging die mehrtausendköpfige Menge unter Schmährufen auf die Deutschen und auf Englands Verhalten im Völkerbundrat auseinander.

### Ostpreußen wehrt sich.

Der Vorstand des Ostpreussischen Städtebundes hat folgende Entschliebung gefaßt: „Die „Gazeta Warszawska“, das Organ der Nationaldemokratischen Partei Polens, hat kürzlich einen Artikel veröffentlicht, worin nicht der Korridor, sondern die Tatsache, daß Ostpreußen bei Deutschland geblieben ist, als die Quelle des Unfriedens in Europa bezeichnet wird, und worin ausgeführt wird, daß, wer die Bestimmungen des Versailler Vertrages verbessern wolle, der deutschen Herrschaft in Ostpreußen ein Ende machen müsse. Polen hat also sein Ziel, sich Ostpreußen zu bemächtigen, nicht aufgegeben, sondern hält an seinem Plane fest. Das ist um so unerhörter, als Ostpreußen ein rein deutsches Land ist, wie ja die Abstammung in Masuren und im Regierungsbezirk Marienwerder aller Welt gezeigt hat. Insbesondere sind die ostpreussischen Städte deutsch und wollen allezeit deutsch bleiben. Gegen die polnische Forderung, die immer wieder Polen als Ruhefänger kennzeichnet, legen wir daher namens der ostpreussischen Städte scharfen Protest ein. Ostpreußen will mit seinem Mutterlande auf ewig verbunden bleiben.“

## Zoridauer des Eisenbahnerstreiks.

Ausdehnung in Norddeutschland.  
Die Streiklage im Reich hat sich weiter verschärft. So haben die Güterbodenarbeiter in Bremen zum größten Teil die Arbeit niedergelegt. Auch im Direktionsbezirk Hannover ist eine Verdrängung eingetreten. Dagegen ist die Zahl der Streikenden in Berlin zurückgegangen.